

Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse
Band: 96 (2005)
Heft: 18

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Versorgungssicherheit in Deutschland sinkt

(smc) Die Sicherheit der Versorgung mit Energie wird in Deutschland schon bald nicht mehr im gewohnten Masse gewährleistet sein. Das ergibt der «Branchenkompass Energieversorger», eine aktuelle Studie der Unternehmensgruppe Steria Mummert Consulting und des F.A.Z.-Instituts auf Basis einer Forsa-Umfrage unter Topmanagern der Branche.

Konkret sehen mit 77% mehr als drei Viertel der befragten Insider die gewohnte Versorgungssicherheit schon bis zum Jahr 2007 in Frage gestellt. Die Sorgen sind in den vergangenen drei Jahren deutlich gewachsen: Im Branchenkompass des Jahres 2002 erwarteten erst 64% der Unternehmen Einschränkungen bei der Versorgungssicherheit, die derzeit mit Stromausfällen von im Schnitt 15 Minuten jährlich in Deutschland ausgesprochen hoch ist. Zum Vergleich: Britische und französische Kunden müssen mit Ausfällen von einer Stunde im Jahr rechnen, in Italien und Norwegen liegt der Wert sogar bei drei Stunden.

Darüber hinaus gehen die Topmanager davon aus, dass der Ausstieg aus der Kernenergie nicht wie geplant vollzogen wird. Vier von fünf Entscheidern meinen, dass sich die Forderungen nach kostengünstiger Energieerzeugung und Reduzierung der Treibhausgase nur erfüllen lassen, wenn an der Kernenergie festgehalten wird. Vor drei Jahren glaubte nur ein gutes Drittel der Befragten, dass der von der Bundesregierung vorgesehene Ausstieg aus der Kernkraft ausbleiben wird.

Briten wollen 2000 neue Windturbinen errichten

(d) In Grossbritannien will man die Zahl der Windräder in den nächsten Jahren fast verdreifachen. Bis 2010 sollen 2000 neue Anlagen gebaut werden, so Energieminister Malcolm Wicks. 700 davon sollen «Offshore» installiert werden.

Zu hohe Stromnetz-entgelte

(vik) Bei insgesamt 155 Stromnetzen in Deutschland besteht der Verdacht, dass die Betreiber ihren Kunden über-

höhte Netzentgelte in Rechnung stellen, so der VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft. Das neue Energiewirtschaftsgesetz sei dringend notwendig, um die Netzbetreiber wirkungsvoll zu regulieren – bis zu 150% Preisunterschiede seien nicht hinnehmbar. Basis der Untersuchung sei das zwischen der Elektrizitätswirtschaft und den Netzkunden ausgehandelte Vergleichskonzept nach Strukturklassen. Insgesamt wurden 1294 Netzentgelte untersucht.

Milliarden für längere KKW-Laufzeiten?

(v) Die deutschen Stromkonzerne sollen nach den Vorstellungen der Union als Gegenleistung für eine eventuelle Verlängerung der Laufzeiten ihrer Kernkraftwerke Milliardenbeträge zahlen. Längere Laufzeiten bringen angeblich zusätzliche Gewinne von insgesamt 20 Milliarden Euro. «Es ist keine kaufmännische Leistung der Energieunternehmen, wenn sie aufgrund einer politischen Entscheidung zusätzliche Gewinne machen. Dafür kann die Politik auch eine Gegenleistung verlangen», sagte CDU-Sprecher Peter Paziorek.

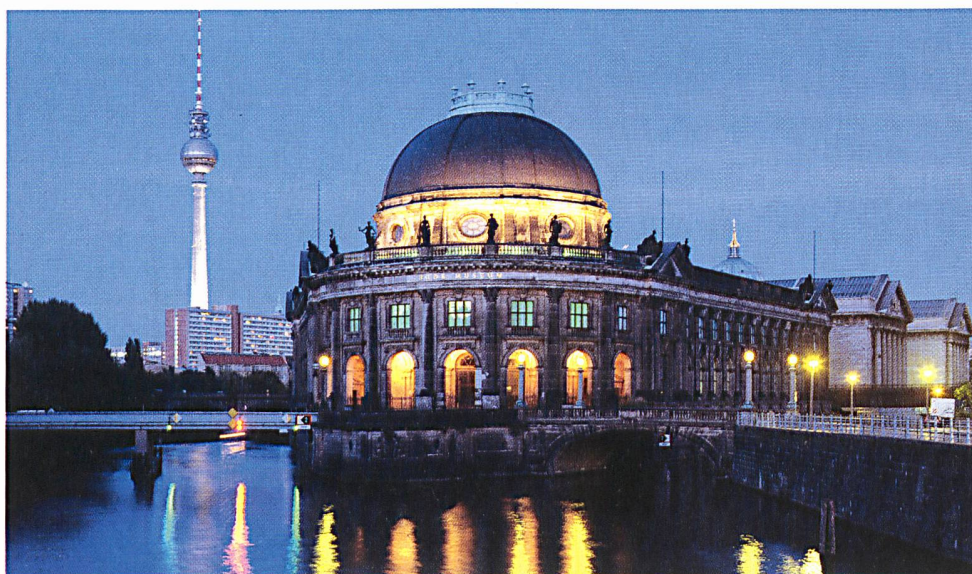
Der Blitzableiter



«Kraftwerk» hat «Power» und Sympathie

Die Energie und Wasser Lübeck GmbH, im Jahr 2000 aus den umgegründeten Stadtwerken Lübeck hervorgegangen, kehren zum alten Namen zurück, nachdem bei Kundenbefragungen die mangelnde Akzeptanz des neuen Namens deutlich geworden ist. Das klingt wie Balsam für alle, die der Umbenennungswut Ende des letzten Jahrhunderts nicht viel abgewinnen konnten. Bewährte «Labels» wurden zu x-beliebigen künstlichen Namenskonstrukten umgewandelt, in der Meinung, der Kunde fühle sich besser bedient mit einem «modernem Look». Dabei wartet der Kunde doch nur auf den Strom vom Elektrizitätswerk. Und der ist schon seit über 100 Jahren auf Knopfdruck sofort da. Was will man noch mehr? Es zeigt sich nun offenbar, dass der Begriff «Werk» für unsere Branche mit einem hohen Sympathiewert verbunden ist. Das Wort «Kraftwerk» hat doch viel «Power» oder? Wie hiess es schon wieder?: «Alles wird besser – Strom bleibt gut.»

B. Frankl



Bald auch Blackout in Berlin (Bild Land Berlin)?

Klima-Dialog ohne aktuelle Schritte

(ptx) Das Abschlusskommuniqué der Regierungschefs der G8 am 8. Juli im schottischen Gleneagles war übereinstimmend: Globale Erwärmung ist eine langfristige Herausforderung für den ganzen Planeten. Jede einzelne Nation ist dazu angehalten, mit Entschlossenheit und Eile den Treibhausgasausstoss zu reduzieren. Verbindliche Angaben und Ziele fehlten jedoch. Weitere Gespräche sollen, so der britische Premier Tony Blair, im November folgen. Umweltgruppen reagierten mit grosser Enttäuschung auf die ihrer Meinung nach «leeren Worthülsen» der Staats- und Regierungschefs. Das Treffen war überschattet von einem Terroranschlag in London. Die Staats- und Regierungschefs haben dennoch die Themen Afrika und Klima bearbeitet.

Blackout in Londoner U-Bahn nach Terroranschlag am 7. Juli.



Die deutsche Atomwirtschaft hat den Vorschlag der Union abgelehnt, sich im Gegenzug für längere Kernkraftwerkslaufzeiten auf niedrigere Strompreise zu verpflichten. «Der Strompreis bildet sich am Markt. Und so sollte es bleiben», sagte der Präsident des Deutschen Atomforums, Walter Hohlefeldler.

EU-Kommission untersucht Gas- und Strommärkte

(eu) Die Europäische Kommission hat mit einer Untersuchung des Wettbewerbs auf den Gas- und Strommärkten begonnen. Anlass der Untersuchung sind Beschwerden von Verbrauchervertretern und Neuanbietern über die Entwicklung auf den Grosshandelsmärkten und die geringen Auswahlmöglichkeiten für die Verbraucher.

Energiekommissar Andris Piebalgs: «Vollständige Umsetzung der Liberalisierungsrichtlinien.»



In der Untersuchung sollen mögliche Wettbewerbsverzerrungen identifiziert werden, die mit den Mitteln des Wettbewerbsrechts beseitigt werden könnten.

Sowohl die Gas- als auch die Strompreise sind in Europa 2005 angestiegen. Beobachter rechnen mit einer Fortsetzung des Trends insbesondere bei Gas, zur Sorge der Verbraucher und vor allem der energieintensiven Industriezweige Europas. Der bisherige grenzüberschreitende Energiehandel scheint nicht auszureichen, um das Preisgefälle zwischen den meisten Mitgliedstaaten auszu-

Grosse Entfernungen zwischen Windanlagen und Verbraucher: Offshore Windpark Middelgrunden vor der Küste Dänemarks (Foto BWE).



gleichen, und die Integration der nationalen Märkte vollzieht sich in vielen Regionen nur langsam. Darüber hinaus kam es nur zu wenigen Marktzutritten, und der Konzentrationsgrad in der Branche ist weiterhin hoch.

Hohe Erwartungen

(ed) Nach Ansicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris, wird der Wegfall von Wettbewerbsbeschränkungen in wirtschaftlichen Schlüsselsektoren wie Strom und Gas das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Euroraum und in den USA beträchtlich steigern. In den USA würde der Schub allerdings geringer ausfallen, da die dortigen Märkte bereits stärker dereguliert seien als in Europa. Ein OECD-Arbeitspapier stellt für die EU ein BIP-Zuwachs pro Kopf von 2,0% bis 3,5% in Aussicht und für die USA 1,0% bis 3,0%.

Schweiz und Österreich wollen über Kernkraft reden

(uv/a) Bundesrat Moritz Leuenberger reiste am 7. Juli nach Wien und traf dort seinen Amtskollegen Bundesminister Josef Pröll zu einem Gedankenaustausch. Dabei wurden verschiedene internationale und regionale Themen erörtert wie Klimaschutz, Energiezukunft,

Alpenschutz, Wald- und Holzwirtschaft und Feinstaub. Österreich wird künftig von der Schweiz weit mehr als bisher in deren Entscheidungen betreffend Kernkraft eingebunden. Das ist eines der zentralen Ergebnisse des Treffens.

Ausbau der Windkraft für die Netze verkraftbar?

(ed/uc) Nach Angaben des Verbands europäischer Stromnetzbetreiber UCTE wurde die Windenergie in Europa bisher gut eingebunden. Zurzeit seien mehr als 70% der weltweiten Windkraftleistung ins synchrone kontinentaleuropäische UCTE-Verbundsystem integriert. Die grossen Entfernungen zwischen Windanlagen und den Verbrauchsschwerpunkten sowie die begrenzte Prognostizierbarkeit der Windenergie seien jedoch enorme Herausforderungen. Um die geplanten grossen Windenergiemengen für die Netze verkraftbar zu machen, müssten die Übertragungskapazitäten ausgebaut und zusätzliche Reserven bereitgestellt werden. Die UCTE fordert eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten und legte mit dem «Operation Handbook» eine Sammlung von Sicherheitsstandards vor. Die UCTE empfiehlt ausserdem kompatible Marktregelungen, ein EU-System zur Förderung erneuerbarer Energien sowie schnellere Genehmigungen zum Aus-

bau der Hochspannungsnetze. Der Strombedarf im Gebiet des europäischen Stromverbands UCTE stieg 2004 um 1,7% an, die Erzeugungskapazitäten wuchsen um 4%.

USA planen neuen Klimapakt

(p) Als Alternative zum Kyoto-Protokoll wollen sich die USA sowie Australien, Südkorea, China und Indien an einem neuen Programm zur Bekämpfung der Erderwärmung beteiligen. Diese fünf Länder der «Asiatisch-Pazifischen Partnerschaft für saubere Entwicklung und Klima» sind für 40% aller Emissionen von Treibhausgasen verantwortlich. Kern ihrer Strategie sei die Entwicklung neuer Technologien zur effizienteren Energiegewinnung.

Hintergrund dieser neuen Initiative ist die fundamentale Verschiebung Europas und der USA am Problem Klimawandel. Die Europäer befürworten die Methodik des Kyoto-Abkommens, fixe Ziele für die Senkung der Emissionen von Kohlendioxid, Methan und anderen Gasen festzulegen, die für die Erderwärmung verantwortlich sind. Bis zum Jahr 2012 sollen die Vertragsstaaten um 5,2% weniger Treibhausgas ausstossen, als sie dies 1990 getan haben. Ein kaum zu erreichendes Ziel: Kritiker warnen, dass die Emissionen bis 2012 um 40% höher liegen könnten als 1990.

Neues US-Energiegesetz

(a) US-Präsident George W. Bush hat das kürzlich vom US-Kongress beschlossene Energiegesetz unterzeichnet und den Bau neuer Kernkraftwerke angekündigt. Das Gesetz sieht

Subventionen in Höhe von rund zwei Milliarden Dollar für die Ölindustrie und von 1,5 Milliarden Dollar für die Atomwirtschaft vor. Zugleich sind aber auch 2,7 Milliarden Dollar für erneuerbare Energien eingeplant.

Schwere Unfälle im Energiebereich

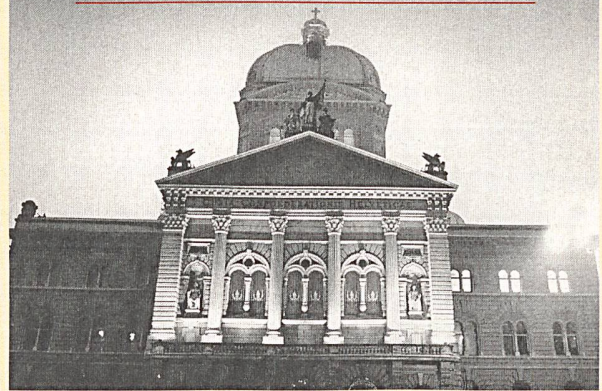
(psi) In chinesischen Kohlebergwerken sterben jedes Jahr bis zu 10 000 Bergleute. Unser Erdölverbrauch kostet jährlich weltweit hunderte bis tausende von Menschenleben durch Unfälle. Beim Bruch zweier Staudämme kamen 1975 gar 26 000 Chinesen um. Und Tschernobyl forderte zwar nur 31 unmittelbare, wird aber noch sehr viele latente Todesopfer nach sich ziehen. Die Versicherungen zahlen stets höhere Schadenssummen aus. Doch es bleiben Schäden an Mensch und Natur, die niemand bezahlt.

Wo ist der Hebel anzusetzen? Über die detaillierte Erfassung und gezielte Analyse aller Schadensfälle lassen sich Schwachstellen in der Energieinfrastruktur erkennen. Das PSI hat dazu ENSAD aufgebaut, die weltweit grösste Datenbank zu schweren Unfällen im Energiebereich. ENSAD zeigt: Am unfallträchtigsten sind Förderung, Aufarbeitung und Transport in den fossilen Energieketten sowie die Wasserkraft in den weniger entwickelten (Nicht-OECD) Ländern. Die tiefsten Todesfallraten und entsprechend tiefe externe Kosten weisen hingegen westliche Wasser- und Kernkraftwerke auf. Bei einer minimalen Unfallwahrscheinlichkeit können die maximalen Folgen aber auch hier verheerend sein. (*Energie-Spiegel PSI*)



Rettungstrupp kam zu spät: 17 tote Kohlebergarbeiter in Qitaihe, Provinz Heilongjiang (China), im März 2005 (Bild CD).

Energienotizen aus Bern



Ordonnance sur l'énergie nucléaire: procédure de consultation

(uv) Le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC) a soumis pour avis les projets de quatre nouvelles ordonnances sur l'énergie nucléaire aux cantons et aux cercles intéressés. Ces ordonnances visent notamment à définir les exigences minimales pour le personnel spécialisé des installations nucléaires, à donner une base légale aux contrôles de fiabilité et à réglementer de manière complète les tâches et les compétences des équipes de surveillance.

Vernehmlassung Kernenergieverordnung

Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat bei den Kantonen und bei interessierten Kreisen eine Anhörung zum Entwurf von vier neuen Kernenergieverordnungen eröffnet. Mit den Verordnungen werden unter anderem Mindestanforderungen an fachlich ausgewiesenes Personal von Kernanlagen definiert, eine gesetzliche Grundlage für die Zuverlässigkeitskontrolle geschaffen und Aufgaben sowie Befugnisse von Betriebswachen weiterreichend geregelt.

Neues Bundesgesetz über Geoinformation

(vbs) Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren zum neuen Bundesgesetz über Geoinformation eröffnet und das VBS beauftragt, den diesbezüglichen Gesetzesentwurf samt Erläuterungen den Kantonen, den politischen Parteien und den interessierten Kreisen zur Stellungnahme zu unterbreiten. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis Ende November 2005. Mit dem neuen Gesetz soll eine einheitliche Rechtsgrundlage für die Landesvermessung, die Amtliche Vermessung und für alle weiteren aufgrund verschiedener Bundesrechtserlasse erhobenen Informationen über Grund und Boden geschaffen werden. Es soll insbesondere sichergestellt werden, dass den Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Wissenschaft und der Forschung Geodaten über das Gebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft für eine breite Nutzung, nachhaltig, aktuell, in der richtigen Qualität und zu tragbaren Kosten zur Verfügung stehen.